

# Evangelische Verantwortung

## Den Menschen im Revier Hoffnung geben!

Strukturwandel im Ruhrgebiet und der Beitrag der Kirchen

Hermann Gröhe

Es ist erst wenige Wochen her, daß die demonstrierenden Bergleute im Revier und in Bonn den Blick des ganzen Landes auf die Probleme der Bergbau-Regionen und damit vor allem auf die des Ruhrgebietes lenkten. Und auch wenn manche Aktion - von der Autobahnblockade bis zur Mißachtung der Bannmeile - völlig inakzeptabel war und dem Verständnis für die Anliegen der Kumpel in anderen Regionen Deutschlands damit ein Bärendienst erwiesen wurde, so wird doch sicherlich in Erinnerung bleiben, wie die vielen, gerade auch sehr jungen Bergleute ihre Zukunftsängste zum Ausdruck brachten - Ängste und Besorgnisse, die es freilich auch in anderen Branchen gibt, die weder die gleiche öffentliche, auch kirchliche Aufmerksamkeit noch eine vergleichbare politische Flankierung finden.

Am Ende stand ein Kompromiß, dessen wichtigster Inhalt ist: Der angekündigte und unvermeidliche Subventionsabbau findet statt. Damit verbundene Zechenstilllegungen können sozialverträglich gestaltet werden. Betriebsbedingte Kündigungen wird es im Bergbau nicht geben.

Bundeskanzler Helmut Kohl zeigte sich einmal mehr als verlässlicher Freund der Bergleute, deren Gewerkschaft sich er-



Kirchengemeinden sind Bestandteile der Sozialkultur

neut als kluge und realistische Interessenvertreter bewährten. Und während SPD-Chef Lafontaine, der den saarländischen Anteil an den Kohlesubventionen ohnehin gleich den Bundesfinanzminister zahlen läßt, außer Hetzreden nichts zum Gelingen der Gespräche beitrug, warben die CDU-Nordrhein-Westfalen, ihre Bonner Landesgruppe und die Landtagsfraktion beharrlich dafür, bruchartige Entwicklungen und damit einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Teilen des Reviers zu vermeiden. Über energiepolitische Ziele hinaus ging es darum, zu verhindern, daß - wie die katholischen Bischöfe und

evangelischen Präses in ihrem „Kohle-Brief“ vom 24.02.1997 formulierten - „in den Revieren ein Maß an Arbeitslosigkeit entsteht, das bei den Menschen Verzweiflung auslöst“.

Denn hier liegt gegenüber anderen Problembranchen, etwa der Bauwirtschaft, die Besonderheit der Situation im Bergbau: Ein schnelleres Absinken der Subventionen hätte die Arbeitslosigkeit, die schon heute im Ruhrgebiet bei 15,3 % liegt, in einzelnen Bergbauregionen auf weit über 20 % ansteigen lassen. Hier zeigt sich natürlich zugleich, daß es sich auch um das besondere Problem einer Region handelt, dem sich die Landesregierung nicht entziehen kann. Wer angesichts von 58,55 Mrd. DM Subventionen des Bundes bis zum Jahr 2005 im Vergleich zu 9,61 Mrd. des Landes NRW den Kompromiß eine „Zumutung“ für NRW nennt (so Ministerpräsident Rau), will von dieser Mitverantwortung ablenken und - nach dem Motto: Haltet den Dieb! - auch von dem eigenen Mitverschulden daran, daß in der Vergangenheit zuwenig getan wurde, die Abhängigkeit des Ruhrgebietes von Kohle und Stahl zu vermindern.

### Themen:

Bildungspolitik	3
Marktwirtschaft	5, 7
Kirchentag	12
Bundestagung	16

### Strukturwandel als Chance begreifen

Jetzt gilt es, den Strukturwandel als Chance zu begreifen, ihn zu beschleunigen, nicht zu bremsen! Auch die Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet haben ihre wichtigen Vorschläge zur Flächenmobilisierung, Verkehrsentwicklung und verbesserten Ausstattung mit Risikokapital unter das Leitmotiv „Zu neuen Ufern - den Strukturwandel beschleunigen“ gestellt.

Und auch die beiden Kirchen haben in ihrem gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Gerechtigkeit und Solidarität“ vor „Besitzstandswahrung und Strukturkonservatismus“ gewarnt, die „auf allen Seiten“ weit verbreitet seien.

Wenn es in dem Gemeinsamen Wort, das gerade in den Tagen der leidenschaftlichen Debatte über die Zukunft des Bergbaus veröffentlicht wurde, heißt, daß „auch die Verteidigung von Besitzständen an Subventionen“ Reformen verhindere, zugleich aber die Massenarbeitslosigkeit als „gefährlicher Sprengstoff“ bezeichnet wird, so wird hier eher der ganze Spannungsbogen der Debatte beschrieben als ein konkreter Lösungsvorschlag unterbreitet.

Dies wollen die Kirchen auch nicht. Vielmehr geht es ihnen um die „Besinnung auf das Menschenbild und die Grundwerte, auf denen die soziale Marktwirtschaft gründet“, die eine „unerläßliche Voraussetzung für eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage“ sei.

Ganz in der Tradition christlicher Soziallehre und Sozialethik fordert das Gemeinsame Wort der Kirchen, „Abschied zu nehmen von dem Wunsch nach einem Wohlfahrtsstaat, der in paternalistischer Weise allen Bürgerinnen und Bürgern die Lebensvorsorge abnimmt“, um in der gleichen Deutlichkeit der Erwartung, „eine gewissermaßen adjektivlose, reine Marktwirtschaft“ könne den Herausforderungen der Zukunft besser gerecht werden, als „Irrglaube“ entgegenzutreten und vor der Gefahr zu warnen, „daß die Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der sozialen Sicherung gestärkt werden soll“.



Bergbaumuseum in Bochum

Beide Mahnungen tun gut und tun – angesichts der Probleme im Ruhrgebiet – auch not.

### Neue Kultur der Selbständigkeit

In einer Zeit, in der eine beabsichtigte ‘feindliche Übernahme’ im Stahlbereich geradezu als Befreiungsschlag – weg von den hemmenden Gepflogenheiten der Vergangenheit – gefeiert wird, der ‘shareholder-value’ zu einem neuen Götzen zu werden droht, tut es not, daran zu erinnern, daß Eigentum zu mehr als zu seiner Maximierung verpflichtet! Walter Rathenau verdanken wir die Beobachtung: „Ich habe niemals einen wirklich großen Geschäftsmann gesehen, dem das Verdienen die Hauptsache war.“

Und auch der Ruf der Kirchen nach einer „breiteren Vermögensstreuung“, danach, aus Arbeitnehmern auch ‘shareholder’, Teilhaber, zu machen, gehört in diesen Zusammenhang – und weist auf einen Bestandteil christlich-demokratischer Programmatik hin, dessen Umsetzung immer noch aussteht! Interessant ist die ausdrückliche Anregung der beiden Kirchen für „eine neue Kultur der Selbständigkeit“ – gerade auch angesichts der großen Selbständigkeitlücke, die es im Ruhrgebiet gegenüber anderen Ballungsräumen noch im-

mer gibt, und der Tatsache, daß mit jeder Existenzgründung im Durchschnitt vier Arbeitsplätze eingerichtet werden. Dazu gehört, daß derjenige, der sich selbständig machen, etwas unternehmen will, spürt, daß er willkommen ist. „Unternehmer, die sich mit ihrem Kapitaleinsatz und ihrer Entscheidungsfreudigkeit den Risiken des Wettbewerbs aussetzen und dabei Arbeitsplätze und Güter schaffen, verdienen auch unter ethischen Gesichtspunkten hohe Anerkennung“ (Ziffer 142 des Gemeinsamen Wortes).

Der Staat kann solches Handeln nicht ersetzen, wohl aber durch geeignete Rahmenbedingungen anregen und fördern.

Wo aber sozialdemokratische Staatsgläubigkeit, die sich mancherorts etwa in kommunaler Beschäftigungspolitik ohne Rücksicht auf ihre Auswirkungen auf den örtlichen Mittelstand zeigt, einhergeht mit Denkblockaden und einer Verweigerung gerade in den Bereichen konkreter politischer Verantwortung – z.B. für den bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur –, wird die notwendige Eigeninitiative gebremst, nicht gefördert.

Wenn den Hochschulen von seiten der rot-grünen NRW-Landesregierung wirkliche Autonomie verweigert wird, bleiben Ressourcen, die in der dichten Hochschullandschaft des Ruhrgebietes liegen, ungenutzt.

### Kirche als Gesprächspartner

Als christliche Demokraten aber wollen wir – wie es auch die beiden Kirchen formulieren – „die Kräfte der gesellschaftlichen Selbststeuerung und Selbstverwaltung...stärken“, stehen wir „einer umfassenden staatlichen Steuerung gesellschaftlicher Prozesse“ kritisch gegenüber.

Beide Kirchen sind dabei für uns ganz wichtige Gesprächspartner, wenn es um bürgerschaftliche Erneuerung des Ruhrgebietes geht. Beide Kirchen leisten hier selbst wichtige Beiträge.

1994 etwa ließ die – Landeskirchengrenzen überwindende – Ruhrgebiets-

superintendenten-Konferenz eine Vorstudie „Ist ein sozial- und klimaverträgliches Zukunftskonzept für die deutsche Kohle realisierbar? Notwendigkeiten, Chancen und Hemmnisse einer sozial-, arbeitsmarktpolitischen und ökologisch orientierten, innovativen Energiepolitik für die Kohleregionen“ erarbeiten. Mit über **2000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** allein im Bereich der evangelischen Kirche des Ruhrgebietes stellt diese einen ganz wichtigen Träger im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik des Bundes dar und leistet so einen wichtigen Beitrag zur sozialen Absicherung des Strukturwandels.

Die Kirchengemeinden sind durch ihre Beziehungsstiftung wie ihre umfangreiche diakonische Hilfe unverzichtbare **Bestandteile der Sozialkultur**, wie die kirchlichen Akademien wichtige Orte der geistigen Auseinandersetzung. Und in einer überaus interessanten Orgellandschaft pflegen zahlreiche Kirchenchöre unser kulturelles Erbe. Für diese Beiträge dazu, den Menschen im Ruhrgebiet Hoffnung zu geben, sollten wir dankbar sein. ■

**Anm.:**

Hermann Gröhe, MdB, (Wahlkreis Essen Nord-Ost) ist Vorsitzender des EAK-Bezirksverbandes Ruhrgebietes.

## Wirtschaft in Bochum:

*Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen (II/95)*

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei: 554  
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau: 1.500  
Verarbeitendes Gewerbe: 47.356  
Baugewerbe: 6.663  
Handel: 20.616  
Verkehr und Nachrichtenübermittlung: 5.833  
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe: 3.564  
Dienstleistungen: 35.225  
Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte: 4.109  
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung: 9.979  
Gesamt: 135.429

*Aus: Bochum in Zahlen*

# Ausstieg aus der Leistungsschule – Rot-Grüne Bildungspolitik in NRW

Herbert Reul

Seit fast zwei Jahren wird Nordrhein-Westfalen von Rot-Grün regiert. In kaum einem anderen Politikfeld wird so zielgerichtet linke und grüne Ideologie umgesetzt, wie in der Bildungspolitik. Klammheimlich - sozusagen im Schutz der rot-grünen Streitereien - verändert Schulministerin Behler gemeinsam mit den linken SPD-Bildungspolitikern und den Bildungsideologen der Grünen die Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen. Gemeinsames Ziel von Rot-Grün ist die „leistungsfreie, sozialpädagogische Lebensschule“, in deren Vordergrund nicht Leistung und Wissensvermittlung, sondern die „Lebensbewältigung“, das „soziale Lernen“ und das „Wohl fühlen“ steht. Verkauft wird dieser neue Typus von Schule unter der Überschrift „Autonome Schule“, einem Zentralbegriff der Denkschrift „Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft“.

Rot-Grün versteht unter Autonomie der Schule, die Berechtigung der konkreten Einzelschule zum Erlaß eines eigenen Innenrechtes und das Recht zu einer umfassenden Selbstverwaltung ähnlich den Kommunen und Universitäten. Die Berechtigung zum Erlaß eines eigenen Innenrechtes umfaßt auch die sogenannten inneren Schulangelegenheiten. Gemeint ist besonders der eigentliche Unterrichtsbetrieb, der Lehrplan, die Lehrmethoden, der Schulbesuch, Bildungs- und Erziehungsmodalitäten für die Schüler, die Abschlußprüfungen, die Aufstellung von Leistungskriterien und Leistungsbewertung.

Die Beliebigkeit hält Einzug im nordrhein-westfälischen Schulalltag. Die Verwirklichung der „Autonomen Schule“ ist kein rot-grünes Planspiel mehr, sondern zumindest in den Grundschulen des Landes durch das Inkrafttreten der „Verordnung über den Bildungsgang in der Grundschule“ am 1. Februar 1997 Realität. Diese Verordnung regelt, daß

- die bisherigen **Eignungsgutachten** und der **Probeunterricht** beim Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen wegfallen sollen. Übergangskriterien für die Wahl einer weiterführenden Schule, wie Leistungen und Fähigkeiten der Kinder, spielen damit künftig keine Rolle mehr. Nur noch der **Elternwille** ist entscheidend. Die Zahl der Kinder, die eine für sie nicht geeignete Schule besuchen, wird sich zwangsläufig erhöhen.

- die bisherige **Stundentafel** mit festen Unterrichtszeiten und verbindlichen Unterrichtsinhalten zugunsten variabler Unterrichtsstunden und sog. Fächergruppen aufgegeben wird. Konkret bedeutet dies: Eine Schulstunde dauert künftig keine 45 Minuten mehr, und ob Schreiben, Lesen oder Rechnen oder eine Mischung aus allem oder doch nur Malen auf dem Stundenplan steht, weiß nur noch der Lehrer. Ein geregelter und verbindlicher Lehrbetrieb wird preisgegeben, dadurch leidet die Qualität des Unterrichts. Der Unterricht wird inhaltlich und zeitlich beliebiger und zufälliger, Lerninhalte werden von Schule zu Schule und sogar von Lehrer zu Lehrer erheblich variieren.

- durch Beschluß der Schulkonferenz **jahrgangsübergreifende Klassen** gebildet werden können. Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind allein die Schüler. Viele werden sich künftig unterfordert fühlen, wenn mehrere Schuljahrgänge zusammen unterrichtet werden. Insgesamt wird durch diese Maßnahme das Leistungsniveau absinken.

- **Zeugnisnoten** jetzt auch in der dritten Klasse durch Beschluß der Schulkonferenz abgeschafft werden können. Wer unseren Kindern Noten und damit Anreize und Vergleichsmöglichkeiten nimmt, der stiehlt ihnen Zeit und Zukunft und verhindert, daß Kinder und Jugendliche unsere Leistungsgesellschaft annehmen, begreifen und verstehen. Irgendwann, spätestens wenn sie in das Berufsleben eintre-



ten werden, werden sie sich Leistung und Beurteilung stellen müssen. Je eher Kinder und Jugendliche lernen, mit dieser Situation umzugehen, desto besser werden sie auf ihr weiteres Leben vorbereitet.

Diese Politik hat nichts mehr mit gleichmäßigem Lernen für alle Schüler im Land zu tun. Ein Leistungsvergleich selbst zwischen Schulen gleicher Schulform wird künftig nicht mehr möglich sein. Der Beliebigkeit wird damit Tür und Tor geöffnet.

### Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit

Die CDU in Nordrhein-Westfalen stellt sich dieser Politik mit aller Macht entgegen. Was wir brauchen, ist die humane Leistungsschule, die professionell erzieht und unterrichtet, die Qualität fördert und ein Gespür dafür vermittelt, was Qualität ist, die ganz natürlich Spaß von Schülern am Vergleichen nutzt und Vergleichbarkeit von Leistungen und Abschlüssen ermöglicht. Wir brauchen also weiter das **gegliederte Schulsystem** mit profilierten Schultypen, die unseren Kindern Abschlüsse nach Eignung und damit soziale Zugangsberechtigung nach Eignung und nicht nach Neigung vermittelt. Das setzt aber staatliche Vorgaben in Form von konkreten Lehrplänen und Curricula, einen feststehenden Fächerkanon, die Beibehaltung der Schulnoten, zentrale Abschlußprüfungen für Gymnasium, Real- und Hauptschule und eine effektive Kontrolle durch die Schulaufsicht voraus.

Dezentralisierung und Autonomie heißen: Auflösung unseres bewährten Schulwesens in Einzelschulen. Dezentralisierung und Autonomie sind also nichts

anderes als die bewußt herbeigeführte Zerschlagung des bewährten Systems, das Ende von Bildungsgängen, die eine verlässliche Ausbildung im Interesse des einzelnen Schülers, aber auch der Gesamtgesellschaft dauerhaft sicherstellen. Bildung braucht Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit, und nicht Beliebigkeit.

### Der konfessionelle Religionsunterricht

Eigentlich ist die Sache mit dem Religionsunterricht klar. Art. 7 Abs. 3 des Grundgesetz stellt fest: „Der Religionsunterricht ist an öffentlichen Schulen, mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen, **ordentliches Lehrfach**. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt.“

Spätestens seitdem die brandenburgische Landesregierung das Unterrichtsfach „Lebensgestaltung - Ethik - Religionskunde (LER)“ an den Schulen ihres Landes eingeführt hat, scheint auch in dieser Frage die Klarheit verloren zu gehen. Die Grünen in Nordrhein-Westfalen setzen sich vehement für ein vergleichbares Unterrichtsfach auch an den nordrhein-westfälischen Schulen ein.

Linke SPD-Bildungspolitik problematisieren öffentlich den konfessionsgebundenen Religionsunterricht an den Schulen in NRW. Angesichts der wachsenden Zahl von Schülerinnen und Schülern, die sich vom Religionsunterricht abmelden, müsse man nach ihrer Ansicht intensiv darüber nachdenken, ob Religionsunterricht in Zukunft in neuen interreligiösen Kooperationsformen oder zusätzlich zu

einem obligatorischen Unterrichtsfach „Ethik, Religion, Weltanschauung“ angeboten werden soll. Selbst ein Ersatzfach „praktische Philosophie“ lehnt diese Denkrichtung in der nordrhein-westfälischen SPD mit der Begründung ab, die Ersatzfachregelung suggeriere, daß die „Erziehung in katholischer und evangelischer Prägung das eigentlich wahre sei“. Damit übernimmt dieser Teil der SPD Nordrhein-Westfalen nicht nur das Vokabular der Grünen, sondern stellt sich auch voll inhaltlich hinter deren Forderung nach Einführung eines verpflichtenden Unterrichtsfaches LER.

Ein Unterrichtsfach LER als Ersatz für den Religionsunterricht wird es mit der CDU Nordrhein-Westfalen nicht geben. Wir haben auf unserem letzten Landesparteitag im Januar 1997 in Bonn einen Antrag des Evangelischen Arbeitskreises in Nordrhein-Westfalen beschlossen, in dem die Regierung Rau/Höhn aufgefordert wird, den Religionsunterricht in allen Schulformen unseres Landes gemäß den gesetzlichen Bestimmungen anzubieten. Mit diesem Beschluß haben wir auch die einseitig, ohne Zustimmung der Kirchen, von der rot-grünen Landesregierung beschlossene Reduzierung der Religionsstunden von drei auf zwei Wochenstunden im dritten und vierten Schuljahr mißbilligt. Wir haben die Landesregierung aufgefordert, die Kürzung der Wochenstundenzahlen in der Grundschule wieder rückgängig zu machen, weil der Religionsunterricht der Werteeziehung und geistigen Orientierung der Schülerinnen und Schüler dient.

### Grüne gegen Konfessionsschulen

Für Schülerinnen und Schüler, die nicht an einem schulischen Religionsunterricht teilnehmen, muß ein Pflichtunterricht eingerichtet werden, in dem auf der Basis der Leitwissenschaft Philosophie Grundlagen und Hilfen zur Sinn-, Werte- und Normerziehung vermittelt werden.

Den Grünen ist aber nicht nur der Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen ein Dorn im Auge, sondern auch die konfessionellen Schulen. Auf dem letzten Landesparteitag der Grünen in Borken lagen zwei Anträge zur Umwandlung der öffentlichen Konfessionsschulen in Gemeinschaftsschulen vor. Aber

### Angriff auf Religionsunterricht

„Der in der Öffentlichkeit erweckte Eindruck, die Streichung einer Unterrichtsstunde im Fach Religion zugunsten des Faches Mathematik sei eine Reaktion auf das katastrophale Abschneiden der nordrhein-westfälischen Schüler bei der internationalen Studie zum mathematischen Unterricht der Universität Vancouver, ist nur ein Teil der Wahrheit“, erklärt der Landesvorsitzende des EAK der CDU NRW, **Thomas Rachel**, MdB.

Die Maßnahme sei ein weiterer Schritt im Kampf um den Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen. Bei dem laut Schulministerium 'hergestellten notwendigen Benehmen mit den Kirchen' handle es sich lediglich um den Bescheid des Ministeriums über die beschlossene Maßnahme, nicht aber um ein Einverständnis der Kirchen.

auch Äußerungen vom führenden SPD-Schulpolitiker im Schulausschuß des Landtages lassen gewisse Sympathien für die grünen Ziele zur Umwandlung von konfessionellen Schulen in Gemeinschaftsschulen erkennen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen steht eindeutig hinter den konfessionellen Schulen. Bekenntnisschulen sind ein wichtiger Bestandteil unseres vielfältigen Schulwesens. Sie dienen der Freiheit der Schulwahl und entsprechen dem Elternrecht auf freie Schulwahl. Weiterhin stellen sich die **Bekenntnisschulen** in besonderer Weise der Herausforderung der Erziehungsarbeit und der Wertevermittlung, die heute so wichtig wie lange nicht mehr ist.

#### Für eine sozial differenzierte Leistungsschule

Die Neuausrichtung nordrhein-westfälischer Bildungspolitik in die von linken Bildungsideologen stets favorisierte Richtung findet vor dem Hintergrund des nach wie vor dramatischen Lehrermangels in Nordrhein-Westfalen statt. Anstatt das Ruder herumzureißen und durch die Beschränkung und Konzentration auf das Wesentliche Spielräume für mehr und qualifizierten Unterricht zu schaffen, setzt die Landesregierung ihre verhängnisvolle Bildungspolitik fort.

Für uns als CDU bedeutet das, daß wir uns diesem Treiben der rot-grünen Bildungsideologen mit allen Mitteln entgegenstemmen müssen. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land über die fortschreitende Ergrünung der Sozialdemokraten gerade im bildungspolitischen Bereich aufklären. Wir müssen ihnen klarmachen, daß unter dem Deckmantel des rot-grünen Streits die Schule, wie wir sie heute noch in der Mehrzahl kennen, grundlegend verändert werden soll. Wir müssen den Menschen in unserem Land verdeutlichen, daß die CDU der einzige Garant für eine sozial differenzierte Leistungsschule in Nordrhein-Westfalen ist. ■

#### Anm.:

Herbert Reul, MdL, ist Generalsekretär der CDU NRW und Vorsitzender des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur.

# Marktwirtschaft gestalten !

Klaus Lefringhausen

**Sperrig ist er, der Satz, doch treffend und vor allem programmatisch. Gemeint ist die These Alfred Müller-Armacks, die Marktwirtschaft sei ein der Ausgestaltung harrender Stilgedanke.**

Nur ein Stilgedanke, also stets gestaltungsbedürftig, niemals am Ziel, immer unfertig, nicht festgelegt, zu bewahren durch Verändern, eine unendliche Aufgabe?

Nicht erdachte, sondern erlittene Erfahrung führte Müller-Armack die Feder, denn die Marktwirtschaft büßt ihre besondere Reformfähigkeit und Lerngeschwindigkeit ein, wenn sie weltanschaulich dogmatisiert und zementiert wird. Vielleicht liegt es teutonischer Grundsatztreue nicht, doch Müller-Armacks These rät zu pragmatischer Reife, die sich aus einem mehr handwerklichen Verhältnis zu Ordnungsmodellen ergibt.

Auch ohne ideologische Überhöhungen ist die Debatte über Ordnungssysteme von sehr unterschiedlichen Erfahrungen geprägt. So kommt das Bekenntnis zum unbestechlichen Urteil des Marktes leicht über die Lippen, solange man sich auf der Siegerstraße befindet. Weht jedoch der rauhe Wind der Weltwirtschaft ins Gesicht, dann erhalten die sich globalisierenden Märkte etwas Bedrohliches. Vielen schwindet der Mut zum Markt, weil sich mit der Globalisierung viele Ängste verbinden: Zukunftsängste, Modernisierungsängste, Orientierungsängste und soziale Abstiegsängste.

Vor allem machen ostdeutsche Erfahrungen skeptisch, denn zumindest in der Wendezeit glich das Marktgeschehen eher einem Vertrag zwischen dem Storch und dem Frosch, bei dem sich beide Freiheit der Nahrungsmittelsuche zu sichern. Seitdem gilt Marktwirtschaft vielen als Deindustrialisierungsprogramm, wobei - psychologisch verständ-

lich - auch die Tendenz mitschwingt, dem Arzt die Krankheit vorzuwerfen.

Andere testen die Leistungsfähigkeit des Marktes lieber an ungelösten Zukunftsaufgaben als Erfolgen der Vergangenheit. Sie sprechen deshalb vom **Leitbild einer nachhaltigen Wirtschaft**, die dauerhaft umweltgerecht, sozialverträglich, wirtschaftlich tragfähig und für die Partizipation aller offen ist.

Wiederum andere sind auf der Suche nach widerstandswürdigen Themen und entdecken die Marktwirtschaft als Feindobjekt, ohne allerdings ihre Probleme mit denen zu vergleichen, die es ohne Marktwirtschaft gäbe.

Zudem ist die Debatte von sehr individuellen Zugängen geprägt: Der Pioniertyp versteht den Markt als Einladung zu Initiative und Kreativität, während andere die Marktmechanismen mehr erdulden. Hinzu kommen sehr unterschiedliche Erfahrungen mit Teilmärkten. So haben der gelenkte Agrarmarkt, der unkontrollierte Geldmarkt, der krisenhafte Arbeitsmarkt, der überflutende Informationsmarkt, der umstrittene Energiemarkt und der wachsende Entsorgungsmarkt unterschiedlich dunkel eingefärbte Folien, vor denen die ordnungspolitische Debatte stattfindet.

#### Angstfaktor Weltmarkt?

Wie ein Gespenst geht die Globalisierungsangst um. Wird's ein sozialer Abstieg ins Bodenlose, wenn der Weltmarkt den Wohlstand diktiert? Immerhin kostet in Deutschland eine Arbeitsstunde üppi-ge 44.-, in England 33.-, in Portugal sogar nur 8.- Mark und selbst davon in Ungarn, Indien oder Ghana nur Bruchteile.

So gilt der Weltmarkt weithin als Sog nach unten, der nicht zu Strukturwandel, sondern zu Strukturbrüchen mit sozialen Krisen führt. Die auf der Verliererseite befürchten das Ende des Erfolgsmodells 'So-

ziale Marktwirtschaft' und fragen sich, wieviel Abstieg eine Demokratie aushalten kann. Macht die Globalisierung die Industrienationen in wesentlichen Politikbereichen unregierbar und degradiert sie Wirtschaft und Politik zu Sachzwang-verwalten geo-ökonomischer Kräfte?

Das sehen die marktorientierten Schwellenländer Osteuropas, Südasiens und Lateinamerikas ganz anders. Sie drängen mit ihren Produkte auf die angestammten Märkte der alten Industrieländer, ziehen das Investitionskapital an sich und entwickeln mit der Dynamik globalisierter Märkte erhebliche Industrialisierungsschübe. Manche zahlen dafür einen hohen Preis: Sie unterbieten sich im Wettbewerb um Investitionskapital gegenseitig mit Niedriglöhnen, Steuernachlässen und geringen Umweltauflagen, halten die Industrialisierung für vorrangig vor der Ökologisierung, betreiben volkswirtschaftlichen Ausverkauf und erzielen letztlich wirtschaftliches Wachstum – ohne Entwicklung.

Dennoch begrüßen sie die Globalisierung, denn sie relativiert die Dominanz des Westens, trägt zur Demokratisierung der Weltpolitik bei und eröffnet vor allem den industriellen Schwellenländern neue Chancen. Andererseits polarisiert sie zwischen denen, die alle Vorteile einer Großraum-Wirtschaft nutzen und denen, die mit der neuen Dynamik nicht Schritt halten.

### Zurück zu den Ursprüngen?

Die Globalisierung wird die in sie gesetzten Hoffnungen aber nicht erfüllen, wenn die weltwirtschaftlichen Weichen neu gestellt werden, ohne daß auf Weltebene die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen sind, die eine Vermachtung der Märkte vermeiden. Dazu gehören eine inter- oder supranationale Antikartellpolitik, ein verbindliches Handels- und Sozialrecht, wirksame Maßnahmen gegen soziales und ökologisches Dumping und eine weltweite Raumordnungspolitik, die ökonomische Polarisierungen auszugleichen sucht.

So unterschiedlich die Positionen auch sein mögen, gemeinsam ist allen der große Abstand zur Erfinderzeit der Marktidee, die einst sogar mit nahezu religiöser Begeisterung aufgenommen wurde. Die Vorsehung, so die Urdee, lenkt das Marktgeschehen mit unsichtba-

rer Hand und setzt der Pfründewirtschaft, ererbter Macht, politischem Filz und der Ausbeutung des Konsumenten ein Ende, indem sie unbestechlich und anonym jede Leistung objektiv bewertet und honoriert. Motor der wirtschaftlichen Dynamik sollte das Eigeninteresse sein, das sympathischer, lernoffener, demokratieverträglicher und produktiver ist als Ideologie und Moral. Mündigkeit und Selbstverantwortung statt ideologischer Bevormundung, Machtkontrolle durch den Markt - das machte den Markt, so die Aufbruchstimmung, zur scharfen Waffe des Bürgertums gegen die Feudalwirtschaft.

### Das Leitbild der Oeconomia

Machtzusammenballungen, so der damalige Traum, würden vom stets wachsamem Wettbewerb immer wieder zerstört, denn



dauerhaft überzogene Preise rufen Konkurrenten auf den Plan. So verhindert die Leistungspeitsche des Marktes überhöhtes Einkommen und eine soziale Polarisierung der Gesellschaft. So war Marktwirtschaft ursprünglich als Marktwirtschaft von unten gedacht. Doch zwischen Ideal- und Realkonzept liegt ein tiefer Graben.

Amerikanische und europäische Wirtschaftsethik hat sich auf den Ursinn der Oeconomia besonnen, dieser Lehre vom richtigen Haushalten, die stets mehr meinte als rationelle Güterversorgung, sondern die das Wohlergehen aller Haushaltsmitglieder bedachte, also die Perspektive des Ganzen nicht einzelwirtschaftlichen Interessen opferte.

Eine Oeconomia im ursprünglichen Sinne

- würde nicht von der Substanz leben, wie das ökologisch immer noch geschieht,

- hätte eine Dienstfunktion und würde als schlechte Wirtschaft gelten, wenn sie alle Lebensbereiche dominierte,
- wäre die Lehre von den richtigen Mitteln für vorgegebene Zwecke und verfehlte ihren Sinn, wenn sie eine quasi-religiöse Dogmenbildung mit Heilsgewißheiten, Denkverboten, Weltanschauungsgemeinschaften, Exkommunikationen, Wahrheitsmonopolen und Ansprüchen auf das richtige Weltbild entwickelte,
- würde moralische Werte nicht verschleifen, die die Wirtschaft braucht, aber selbst nicht herstellen kann. Sie würde hellhörig, wenn Asiaten sagen, daß der Wettbewerb künftig mehr auf der Ebene der Werte und weniger auf der Ebene der Wirtschaftsordnungen stattfindet und auf dieser Ebene habe Europa schlechtere Karten,
- würde als häusliches Denken dem ausufernden Anspruchsdenken widersprechen, also auch der manipulierenden Konsumwerbung, mit der Wirtschaft das Anspruchsdenken, unter dem sie leidet, selbst steigert,
- würde auch die gesellschaftliche Akzeptanz zu den Produktionsfaktoren rechnen, auch wenn sie bedeutet, daß die Wirtschaft sich von chronisch Schwarzen Schafen in den eigenen Reihen deutlich distanziert,
- geht von einer Vielzahl von Anbietern und Nachfragern aus, widersteht deshalb der Versuchung zu Preis- und Marktabsprachen.

### Die Macht der Verbände

Nun gehören zur Wirtschaft nicht nur die am Markt agierenden Unternehmen, sondern auch ihre Verbände, die aus gutem Grund zu eigenständigen Subjekten der Wirtschaftspolitik geworden sind, denn es gehört zur demokratischen Willensbildung, daß sich Interessen in Verbänden organisieren. Zudem kann die Politik nicht auf ihre Fachkompetenz, ihre Bündelung von Meinungen und ihre Problemnähe verzichten. Das gilt insbesondere in Zeiten struktureller Erneuerung.

So werden sie zu wichtigen Scharnieren zwischen Wirtschaft und Politik. Das ist allerdings nicht gefahrlos, denn der Schritt zur Politisierung der Wirtschaft oder zur Ökonomisierung der Politik ist oft nicht weit.



Verbände wären wie das Eigentum, das sie repräsentieren, eigentlich sozialpflichtig, zumal die Interessen in der Gesellschaft ungleich organisiert sind: die der Produzenten sind stärker und die der Steuerzahler, Künstler, Verbraucher und des Umweltschutzes relativ schwach organisiert. Mehr noch: Die Langzeitarbeitslosen und Behinderten sprechen kaum für sich selbst, sondern müssen sich den Einfluß der Gruppen leihen, die für sie sprechen.

Von Verbänden können Lernblockaden ausgehen, wenn sie Mitglieder durch dramatisierte Feindbilder an sich binden, das Lernen verweigern, um die kollektive Identität zu wahren, die gesellschaftliche Wirklichkeit nur noch durch die kollektive Brille gefiltert wahrnehmen und sich gegen unbequeme Meinungen immunisieren. So geraten sie chronisch in die Defensive und können als Nachhut der Reformdebatte ihre Richtung wenig beeinflussen.

Der wirtschaftliche, soziale und ökologische Reformstau der Gesellschaft erfordert jedoch Verbände, die Schrittmacher und nicht Nachhut sind, denn Reformimpulse und Reformblockaden, die von den Verbänden ausgehen oder ausbleiben, bestimmen weitgehend die Zukunftsfähigkeit.

Deshalb heißt es in der EKD-Denkschrift 'Leistung und Wettbewerb' von 1978: „Die Abkehr von gesellschaftlicher Selbstgerechtigkeit ist eine moderne Form der Umkehr, zu der jeder Christ, ja jede Gruppe der Gesellschaft, täglich aufgerufen ist.“

Deshalb ist das Management der Verbände nicht nur den eigenen Mitgliedern gegenüber verantwortlich. Außerdem ist ethisches Verhalten der Verbände kein Luxus und liegt nicht außerhalb des Eigeninteresses, sondern gehört mittel- und langfristige zu seinem Bestandteil.

Jedenfalls sind sie schlecht beraten, wenn sie nur unter öffentlichem Druck, stets aus der Defensive heraus und ohne die Würde der eigenen Tat reagieren und damit die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe erhöhen. Hier wird Müller-Armacks Mahnung, daß der Markt ein der Ausgestaltung harrender Stilgedanke ist, besonders dringlich. ■

**Anm:**

Dr. Klaus Lefringhausen ist Beauftragter des Präses der Rheinischen Kirche für Ökumene und Wirtschaft.

# Globalisierung und soziale Marktwirtschaft

Dr. Hermann Franz

**Die heutige Lage in Deutschland ist durch hohe Arbeitslosigkeit, den abhanden gekommenen gesellschaftlichen Grundkonsens und das Fehlen eines akzeptierten sozialpolitischen Leitbildes gekennzeichnet.**

Kein Wunder, daß die Menschen verunsichert sind und die neuen Herausforderungen als Bedrohung empfinden. Die oftmals wenig sachliche, aber um so mehr von offensichtlichen Gruppeninteressen geleiteten Diskussionen tun hier ein übriges.

Unser Land ist eng in die internationale Arbeitsteilung eingebunden. Jeder dritte industrielle Arbeitsplatz und mehr als jeder zweite Arbeitsplatz in der Elektrotechnik und im Maschinenbau hängen vom Export ab. Wie kaum ein anderes Land sind wir also von der Globalisie-

rung direkt betroffen. Die unmittelbare Wirkung der Globalisierung verspüren aber vorwiegend die Leute, die in der Industrie arbeiten. In weiten Kreisen unserer Bevölkerung - und damit meine ich vor allem die Beschäftigten im öffentlichen Dienst - fehlt das direkte Erlebnis und damit auch teilweise das Verständnis für die Zusammenhänge und Wirkungen der Globalisierung.

## Phasen der Globalisierung

Es lassen sich grob drei Phasen der Globalisierung unterscheiden. Seit ca. 1975 werden globalisierte Produkte für den Weltmarkt produziert. Es waren zunächst die Japaner, die mit ihren Massenprodukten der Unterhaltungselektronik den Weltmarkt aufgerollt haben. Seit ca. 1985 erfolgt eine Neuausrichtung der Wertschöpfungskette unter globalen Gesichtspunkten. Alle Funktionen und Wertschöpfungsstufen wurden auf den Prüfstand gestellt, ob sie den Anforderungen eines globalen Geschäftes entsprechen.

Seit 1995 erfolgt der Aufbau einer weltumspannenden Informations-Infrastruktur, die das weltweite Leistungsangebot transparent macht. Es gibt keine Schutz-zonen mehr, und es gibt nur noch wenige Nischen, in denen man sich etwas freier bewegen kann. Globalisierung bedeutet also eine neue Dimension und Qualität des Wettbewerbs über nationale Grenzen und Zeitgrenzen hinweg.

Was bedeutet die Globalisierung nun für unsere „soziale Marktwirtschaft“? Zweifellos gibt es Globalisierungsgewinner und Globalisierungsverlierer. Gewinner sind die gut ausgebildeten Menschen, die über sogenannte „Alleinstellungsmerkmale“ verfügen und Leistungen erbringen, die nicht einfach kopiert werden können. Entsprechendes gilt für die Unternehmen. Verlierer sind Arbeitskräfte ohne qualifizierte

## Bitte vormerken!

**36. Bundestagung**  
des Evangelischen Arbeitskreises  
der CDU/CSU

„Soziale Marktwirtschaft gestalten –  
neue Arbeitsplätze schaffen“

**6. und 7. Juni 1997**  
Bochum (Stadtparkrestaurant)

- Vorträge
- Diskussionen
- Infostände
- Kabarett

Das ausführliche Programm  
finden Sie auf **Seite 16!**

Ausbildung, die weltweit mit Hunderten von Millionen Arbeitskräften in Konkurrenz stehen.

Das Problem für unsere Gemeinwesen liegt nun darin, daß die Interessenvertreter der Globalisierungsverlierer erworbene Besitzstände wahren wollen. Der Staat fungiert dann als Umverteiler und Auffangnetz. Nur: Der Staat verliert zunehmend seine Basis zur Finanzierung von überdimensionierten sozialen Wohltaten. Zum einen durch die rasch steigende Zahl von Leistungsempfängern und zum anderen durch schwindende Einnahmen infolge der Mobilität des Faktors Kapital, das im Ausland bessere Anlagemöglichkeiten vorfindet. Unternehmen können und müssen sich manchmal von der nationalen Basis abkoppeln, der Staat kann das naturgemäß nicht.

Hier tut sich ein Teufelskreis auf. Im Jahr 1960 gab sich unser Staat noch mit 27,4% zufrieden. Das war damals die durchschnittliche Belastung der Arbeitnehmerinkommen mit Lohnsteuer, Sozialabgaben und indirekten Steuern. Doch im Laufe der Jahre wurde der staatliche Zugriff immer rigoroser. Bis 1970 wuchs die Abgabenlast auf über 30%. 1990 wurde die 40%-Marke übersprungen. Und heute fließen 45,5% der Verdienste in die Kassen der Finanzämter und Sozialversicherungen.

In den Zeiten guten Wirtschaftswachstums wurden soziale Wohltaten verteilt, die heute nicht mehr bezahlbar sind. Wohltaten zu verteilen ist immer leicht, sie zurückzuschneiden ist ungleich schwerer. Denn das kostet Wählerstimmen.

### Auswirkungen auf den Sozialstaat

Wenn der Staat seine leeren Kassen durch einen immer stärkeren Zugriff auf die Globalisierungsgewinner in unserer Bevölkerung zu füllen versucht, dann schwächt er die Investitionsbereitschaft und das Wirtschaftswachstum noch mehr. Auf diese Weise zerstört sich der Sozialstaat dann letztlich selbst.

Wir sollten auch nicht vergessen, daß hohe Arbeitslosigkeit ebenso wie die hohe **Abgabenlast** die Bindung der Be-



Ludwig Erhard – Mitbegründer der sozialen Marktwirtschaft

völkerung an die soziale Marktwirtschaft auflösen. Im Kern also büßt der Staat langfristig ein Gutteil seiner sozialpolitischen Möglichkeiten ein. Er kann sich zwar noch einige Zeit mit höheren Schulden behelfen. Die Stunde der Wahrheit wird so aber nur hinauszögert.

Deshalb wäre es besser, die Sozialleistungen an den finanziellen Möglichkeiten zu orientieren, den wirklich Bedürftigen zu helfen und die Leistungsträger zu motivieren. Das ist in unserem „Besitzstandsstaat“ alles andere als einfach. Das zeigen die Demonstrationen der Bergleute und der Stahlarbeiter ebenso wie das Ergebnis der Debatte um die Lohnfortzahlung oder die Steuerdiskussion. Im Grunde geht es um die Frage, ob unser Land überhaupt noch reformfähig ist.

Auf dem Prüfstand stehen nicht nur die Unternehmen, sondern auch unser Bildungswesen, das Steuer- und Sozialsystem, letztlich unser ganzes Wirtschaftssystem der sozialen Marktwirtschaft in Konkurrenz zu anderen Wirtschaftssystemen. Ich denke an den „Kapitalismus pur“ in den USA, den Gruppenkapitalismus Japans und den Familienkapitalismus chinesischer Prägung.

Erinnern wir uns an Ludwig Erhard. Seine Entscheidung im Juni 1948 für die soziale Marktwirtschaft - übrigens gegen die Mehrheit der Bevölkerung - hat den Aufstieg Deutschlands aus den Trümmern des zweiten Weltkrieges erst möglich gemacht. Bereits 1955

herrschte Vollbeschäftigung. Dabei haben eine Reihe von Faktoren geholfen: Die Überbewertung des US-Dollars mit DM 4,20, eine zurückhaltende Lohnpolitik und hohe Produktivitätsfortschritte der Unternehmen.

Das war das Reizklima, in dem die Wirtschaft prosperierte und in dem das Investieren lohnte. Der Staat fühlte sich als Partner der Wirtschaft. Die damalige soziale Marktwirtschaft setzte auf die selbsttragenden Kräfte der Menschen, so z.B. das Erwerbs- und Gewinnstreben, den natürlichen Egoismus, auf Freiräume und Leistungswillen. Und das wichtigste dabei war, daß die Menschen wieder Vertrauen zu sich und zu einer besseren Zukunft faßten.

### Wie ist die Situation heute?

Die Staatsquote liegt über 50%. Im Gegensatz zu Ludwigs Erhards Zeiten ist heute die Wirtschaft bestenfalls noch die Quelle, aus der man Steuereinnahmen schöpfen kann.

Die Investitionen sind inzwischen niedriger als die Sozialleistungen. Die Ausgaben für die soziale Sicherung sind in den vergangenen 25 Jahren beträchtlich stärker gestiegen als die für Wachstum und Beschäftigung wichtigen Investitionen. So haben sich die Sozialausgaben von 1970 bis 1995 mehr als versechsfacht - die Investitionen von Unternehmen und Staat haben hingegen nur das Vierfache zugelegt. Die Sozialquote erhöhte sich von gut 26% im Jahr 1970 auf zuletzt fast 34%. Je Einwohner betragen die Sozialausgaben mittlerweile mehr als 14.000 DM im Jahr. Das Paradoxe daran ist, daß die Menschen dennoch unzufrieden sind.

Die Personalkosten haben schwindelnde Höhen erreicht, ebenso die Steuerbelastung der Bürger. Die Schere zwischen Brutto und Netto öffnet sich immer weiter.

Noch 1995 verfolgten die Gewerkschaften eine expansive Lohnpolitik ohne Rücksicht auf den realen Verteilungsspielraum. Das rächt sich noch heute. Die Arbeitslosenzahlen sind sprunghaft angestiegen.



Es ist kein Wunder, daß die Menschen heute kein Vertrauen mehr in die Zukunft haben. Es herrscht keine Aufbruchstimmung wie zu Ludwig Erhards Zeiten, sondern eher eine Art von „Wagenburg-Mentalität“. Damals war das gemeinsame Ziel, den **Wohlstand wiederzugewinnen**. Heute gilt es, den **Wohlstand zu bewahren**. Das ist alles andere als leicht in einer Interessendemokratie, in der jede Gruppe in eine andere Richtung zerrt.

Kann uns das Umdenken gelingen? Können wir die „soziale Marktwirtschaft“ wiederentdecken? Ich meine „ja“. Bei der Bewältigung dieser Aufgabe, die sicherlich zu den größten Herausforderungen für Deutschland seit Ludwig Erhard zählt, müssen wir uns auf einige seiner zentralen Botschaften besinnen, die heute so aktuell wie damals sind:

- Wir müssen zu einer Leistungsgesellschaft zurückfinden.
- Wir können den Kuchen erst verteilen, wenn er gebacken ist.
- Der Staat muß auf seine Kernaufgaben zurückgeführt werden.
- Wir müssen den Wohlfahrtsstaat auf das Notwendige, also für die Bedürftigen beschränken.
- Wir müssen wieder auf die selbsttragenden Kräfte im Menschen setzen.
- Und vor allem: Wir müssen alles tun, damit das Investieren in Deutschland wieder lohnt. Sichere Arbeitsplätze gibt es nur bei wirtschaftlichem Erfolg der Unternehmen.

### Vergleich mit den Niederlanden

Andere Länder haben gezeigt, was zu tun ist. Natürlich kann man das nicht einfach kopieren. Dazu sind die Ausgangspositionen zu unterschiedlich. Aber lernen kann man schon daran. In den **Niederlanden** liegt die Arbeitslosenquote bei 6,5%. Bei uns über 10%. Das wurde durch einen Abbau der Staatsquote, durch rasche und konsequente Privatisierung, durch Deregulierung und Flexibilisierung sowie niedrige Unternehmenssteuern erreicht. Besonders wichtig sind die moderaten Lohnzuwächse sowie Mindestlöhne, die erheblich unter dem Durchschnittslohn

liegen. Allein dies sichert laut OECD etwa eine Million Arbeitsplätze.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Niederlande geht auch daraus hervor, daß die Arbeitskosten um ein Fünftel, die Baukosten und Strompreise um ein Drittel und die Telekommunikationskosten sogar um die Hälfte niedriger als in Deutschland sind. Hervorzuheben ist die Akzeptanz der Reformen in der Bevölkerung und auch bei den Gewerkschaften. Daran fehlt es bei uns.

Im Klartext: Es ist die Grundsatzfrage zu klären, ob wir auf mehr Markt oder mehr Staat setzen, und ob wir lieber Prosperität bei mehr Ungleichheit oder Rückschritt bei Gleichheit haben wollen. Der Preis für zuviel Staat, für zu hohe tarifliche Mindestlöhne, ein engmaschiges soziales Netz, das Beharren auf alten Strukturen und generell zu wenig Flexibilität - das zeigt die Erfahrung - ist die Massenarbeitslosigkeit. Oftmals wird vergessen, daß dynamische Märkte und solide Sozialpolitik untrennbar miteinander verbunden sind.

Wir können es schaffen, die Arbeitslosen wieder in Arbeit und Brot zu bringen. Nur so kann Deutschland eine der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt bleiben und nur so – und das ist vielleicht das wichtigste – können wir eine **stabile Demokratie und soziale Stabilität** bewahren.

... man will offenbar nicht erkennen, daß wirtschaftlicher Fortschritt und leistungsmäßig fundierter Wohlstand mit einem System kollektiver Sicherheit unvereinbar sind.

Ludwig Erhard

Das fällt uns aber nicht in den Schoß. Jeder muß seinen Beitrag leisten. Eigeninitiative und Unternehmergeist, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit sind gefragt.

- Die Unternehmen müssen ihre Wertschöpfung ertragbringend in globalen Netzwerken erarbeiten.
- Die Gewerkschaften dürfen die realen Verteilungsspielräume nicht überreizen.
- Der Staat muß für wettbewerbsfähige Infrastrukturen sorgen und nicht zuletzt:
- Die Menschen müssen sich auf lebenslanges Lernen einstellen.

Der Staat, der von der Wiege bis zur Bahre für alles zuständig ist, darf nicht unser Leitbild sein. Ludwig Erhard hat jedenfalls klar erkannt und das gilt damals wie heute:

„... man will offenbar nicht erkennen, daß wirtschaftlicher Fortschritt und leistungsmäßig fundierter Wohlstand mit einem System kollektiver Sicherheit unvereinbar sind.“

Wir brauchen dringend einen neuen gesellschaftlichen Grundkonsens, der sowohl den Herausforderungen der Globalisierung wie auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt Rechnung trägt. Es geht darum, die derzeitige Orientierungslosigkeit zu überwinden und das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft zu erneuern. Das ist unsere Chance im verschärften internationalen Wettbewerb. Nur so können wir tiefgreifende soziale Spannungen abfangen und den Menschen wieder Mut geben. Und: wir müssen ehrlich zueinander sein und deutlich sagen, daß sich eine Reihe von Errungenschaften der Vergangenheit nicht mehr halten lassen, weil sie nicht mehr finanzierbar sind. ■

**Anm.:**

Dr. Hermann Franz ist Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens AG in München. Es handelt sich um einen Auszug aus einem Vortrag vor dem EAK der CSU in Fürth.

## „Lammfromm oder knallhart?“ Zum Sozialwort der Kirchen

Hans-Martin Linnemann

Der Rat der EKD und die Katholische Bischofskonferenz haben kürzlich ihr mit Spannung erwartetes Sozialpapier vorgestellt. Damit endete zunächst der Konsultationsprozeß „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“, zu dem die Kirchen vor über zwei Jahren eingeladen hatten. Wichtige Themenschwerpunkte waren die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands, die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die Verbesserung der Situation von Familien. Kirchengemeinden, Industrieverbände, Gewerkschaften, politische Parteien waren eingeladen, Stellung zu nehmen. Hans-Martin Linnemann, der zum Kreis der Mitverfasser gehörte, hielt im Rahmen des 31. Bonner Theologischen Gespräches einen Vortrag unter der oben angegebenen Überschrift, den wir hier in Auszügen dokumentieren.

Wenn wir einen Beitrag zum Grundkonsens in der Gesellschaft leisten wollen, müssen wir zunächst über anthropologische und ethische Voraussetzungen unseres Gemeinwesens nachdenken. Auch die Soziale Marktwirtschaft gründet „auf anthropologischen und ethischen Vorentscheidungen. Sie geht aus von einem Menschenbild, das Freiheit und persönliche Verantwortung wie Solidarität und soziale Verpflichtung beinhaltet. Insofern beruht die Soziale Marktwirtschaft auf Voraussetzungen, welche sie selbst nicht herstellen und auch nicht garantieren kann, ohne die sie aber auf Dauer nicht lebensfähig ist“ (91, die angegebenen Ziffern bezeichnen nicht die Seiten, sondern die Abschnitte).

In der Besinnung auf das Menschenbild und die Grundwerte, auf denen die Soziale Marktwirtschaft gründet, „liegt der genuine Beitrag der Kirchen. Denn das Menschenbild des Christentums

gehört zu den grundlegenden geistlichen Prägekräften der gemeinsamen europäischen Kultur und der aus ihr erwachsenen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung“ (92).

Die Sicht des Menschen im Licht des christlichen Glaubens ist einerseits durch den Schöpfungsbericht bestimmt. Danach ist der Mensch „als Bild Gottes, als das ihm entsprechende Gegenüber geschaffen und so mit einer einmaligen unveräußerlichen Würde ausgezeichnet. Er ist als Mann und als Frau geschaffen; beiden kommt gleiche Würde zu. Zugleich ist er mit der Verantwortung über die ganze Schöpfung betraut...., geschaffen und berufen, um als leibhaftes, vernunftbegabtes, verantwortliches Geschöpf in Beziehung zu Gott seinem Schöpfer, zu den Mitmenschen und zu allen Geschöpfen zu leben. Das ist gemeint, wenn vom Menschen als Person und von seiner je einmaligen und unveräußerlichen Würde als Person die Rede ist“ (93).

### Ermutigung in der heutigen Umbruchsituation

Andererseits spricht die Bibel „auch von der Gebrochenheit der ursprünglichen Schöpfungsordnung, von der Entfremdung des Menschen von seiner Bestimmung. In den Geschichten vom Brudermord Kains an Abel, vom Turmbau zu Babel und von der Sintflut deutet sie in Bildern die durch Sünde und Schuld, durch menschlichen Hochmut und Egoismus wie durch strukturelle Ungerechtigkeit bestimmte menschliche Situation. Sie bezeugt freilich zugleich den Anbruch der neuen Schöpfung durch Kreuz und Auferstehung Jesu Christi, das Geschenk der Vergebung und Veröhnung wie der neuen Freiheit“ (94).

Diese realistische biblische Sicht des Menschen ist grundsätzlich wichtig. Sie zeigt, daß es hier nicht nur um ethische

Forderungen geht, sondern auch und zuerst um das erlösende Handeln Gottes. Die Menschen brauchen sich „nicht selbst zu erlösen. Das befreit zu einem Handeln, das nicht länger der Sorge um sich selbst und der Absicherung durch Macht verpflichtet ist, sondern den Anforderungen der Sache und dem gegenseitigen Dienst.... . Den Perfektionszwängen und Überforderungen ist damit der Abschied gegeben. Die christliche Hoffnung macht fähig, im Raum des Vorletzten das, was unvollkommen bleibt, auszuhalten und zu würdigen... . Solcher Zuspruch und solche Ermutigung ist in der gegenwärtigen Umbruchsituation in besonderer Weise vonnöten“ (94 f).

Der Auftrag zur Weltgestaltung gründet in der Befreiungserfahrung des Volkes Gottes und „lebt aus der Erinnerung an die Geschichte des Erbarmens Gottes.... . So gründet die Lebensordnung der Zehn Gebote..... in der Erfahrung der Befreiung und im Bund Gottes mit seinem Volk. .... Die Zehn Gebote sind Weisungen zu einem Leben in Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit und Wahrheit“ (96 f).

Im Alten wie im Neuen Testament wird der Mensch trotz seines Versagens immer wieder eingeladen und aufgefordert, dem rechtschaffenden und gnädigen Handeln Gottes im eigenen Handeln zu entsprechen. „Die Linien des biblischen Ethos, die im Alten wie im

## 27. Dekt, Leipzig

Der **EAK** ist auch in diesem Jahr auf dem **Markt der Möglichkeiten** mit einem eigenen Stand vertreten.

Sie finden uns in **Halle 5** der Neuen Messe beim Stichwort: „Entwicklung der Demokratie“ mit der Standnummer: N 5 T 04. Zahlreiche Abgeordnete aus Bundestag und Landtag stehen am Stand für Gespräche zur Verfügung.

Neuen Testament aufgezeigt sind, bestimmen auch die Lebensordnung und die soziale Botschaft der Kirche als Volk Gottes. In der Nachfolge Jesu Christi existiert die Kirche nicht für sich selbst.... Die Kirche hat.... einen öffentlichen Auftrag und eine Verantwortung für das Ganze des Volkes und der Menschheit.... Der Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Solidarität ist für die Kirche konstitutiv und eine Verpflichtung .... Die soziale Botschaft, die die Kirchen auf der Grundlage des biblischen Ethos in wachsender Gemeinsamkeit im gesellschaftlichen Raum geltend machen...., hat sowohl eine prophetisch-kritische wie eine ermutigende, versöhnende und heilende Funktion“ (100 - 102) .

Nach diesen grundsätzlichen Darlegungen zum kirchlichen Auftrag der Weltgestaltung werden fünf grundlegende ethische Perspektiven entfaltet.

### Das Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe

In dem Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe als „Erfüllung des Gesetzes“ kommt „der Zusammenhang von Gottesbeziehung und Weltverantwortung, von Glaube und Ethos als sittliche Grundidee der biblischen Tradition zum Ausdruck“ (103). Es ist wichtig, diesen Zusammenhang von Glaube und Ethos, von Gottes- und Nächstenliebe festzuhalten, um einem reinen Ethizismus und Aktionismus, „Werkerei“ würde Luther sagen, zu wehren.

### „Vorrangige Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten“

Diese vorrangige Option gründet in der „Erfahrung der Befreiung aus der Knechtschaft, in der sich Gottes Option für sein armes, geknechtetes Volk bezeugt.... Die Kirche hat.... einen öffentlichen Auftrag und eine Verantwortung für das Ganze des Volkes und der Menschheit.... Der Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Solidarität ist für die Kirche konstitutiv und eine Verpflichtung .... Die soziale Botschaft, die die Kirchen auf der Grundlage des biblischen Ethos in wachsender Gemeinsamkeit im gesellschaftlichen Raum geltend machen...., hat sowohl eine prophetisch-kritische wie eine ermutigende, versöhnende und heilende Funktion“ (100 - 102) .

Im Neuen Testament gibt es vielfältige Entsprechungen zu diesen alttesta-

mentlichen Grundaussagen. Besonders deutlich ist das, wenn Jesus sich in dem großen Gleichnis vom Weltgericht mit dem Hungrigen, Fremden und Kranken identifiziert. „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“ (Matth. 25, 40).

Die vorrangige biblische Option für die Armen zielt „darauf, Ausgrenzungen zu überwinden und alle am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Sie hält an, die Perspektive der Menschen einzunehmen, die im Schatten des Wohlstands leben.... Sie verpflichtet die Wohlhabenden zum Teilen“ (107).

### Gerechtigkeit

Das biblische Zeugnis vermittelt auch „ethische Einsichten, die sich auf den institutionellen Rahmen der Gesellschaft beziehen. Dazu gehört vor allem der Begriff der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist ein Schlüsselbegriff der biblischen Überlieferung, der alles umschließt, was eine heile Existenz des Menschen ausmacht. Er ist in der Bibel weithin gleichbedeutend mit Frieden, Freiheit, Erlösung, Gnade, Heil“ (108).

In der Sozialethik der Kirchen hat der Begriff der sozialen Gerechtigkeit eine zentrale Bedeutung. „Es müssen...Strukturen geschaffen werden, welche dem einzelnen die verantwortliche Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben erlauben“ (113).

### Solidarität und Subsidiarität

„Eine gerechte Gesellschaft baut auf den beiden sich ergänzenden Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität auf... Solidarität meint.... die Tatsache menschlicher Verbundenheit und mitmenschlicher Schicksalsgemeinschaft...., die feste und beständige Entschlossenheit, sich für das ‚Gemeinwohl‘ und das heißt für das Wohl aller und eines jeden einzusetzen“ (115 f.). Im Grundsatz der Solidarität kommt „ein grundlegendes Prinzip der Gesellschaftsgestaltung zur Geltung. In ihm schlägt sich die Einsicht nieder, daß in der Gesellschaft ‚alle in einem Boot sitzen‘ und daß deshalb ein sozial gerechter Ausgleich für das friedliche und gedeihliche Zusammenleben unerlässlich ist. Das gilt sowohl im In-

nen einer Gesellschaft wie auch in dem umfassenderen Horizont der ‚Einen Welt‘“ (119).

Zugleich geht es aber auch um die „Verantwortungsfähigkeit und Verantwortlichkeit einer jeden menschlichen Person.... Deshalb wird der Solidarität das Prinzip der Subsidiarität zur Seite gestellt. Aufgabe der staatlichen Gemeinschaft ist es, die Verantwortlichkeit der einzelnen und der kleinen Gemeinschaften zu ermöglichen und zu fördern.... Das Prinzip der Subsidiarität ernstzunehmen bedeutet, Abschied zu nehmen von dem Wunsch nach einem Wohlfahrtsstaat, der in paternalistischer Weise allen Bürgerinnen und Bürgern die Lebensvorsorge abnimmt. Demgegenüber gilt es, Eigenverantwortung und Eigeninitiative zu fördern.... Andererseits entspricht es nicht dem Sinn des Subsidiaritätsprinzips, wenn man es einseitig als Beschränkung staatlicher Zuständigkeit versteht.... Solidarität und Subsidiarität gehören.... zusammen und bilden gemeinsam ein Kriterienpaar zur Gestaltung der Gesellschaft im Sinne der sozialen Gerechtigkeit“ (120 f.).

### Nachhaltigkeit

„Die Solidarität bezieht sich nicht nur auf die gegenwärtige Generation. Sie schließt die Verantwortung für die kommenden Generationen ein. Die gegenwärtige Generation darf nicht auf Kosten der Kinder und Kindeskiner wirtschaften, die Ressourcen verbrauchen, ...Schulden machen und die Umwelt belasten... Diese Maxime versucht man neuerdings mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit und der Forderung nach einer nachhaltigen, das heißt, einer dauerhaften und zukunftsfähigen Entwicklung auszudrücken. Die Zielperspektive der Nachhaltigkeit schließt vor allem die Verantwortung für die Schöpfung ein“ (122 f.). Das ist biblisch vielfältig begründet. ■

Anm.:

D. Hans-Martin Linnemann ist  
Präses a.D. der Evangelischen Kirche  
von Westfalen.



## 27. Deutscher Evangelischer Kirchentag, Leipzig, 18. bis 22. Juni 1997

Gefühle, Erwartungen, Ängste und Hoffnungen aus der Region

Katharina Landgraf

Mit meiner Familie lebe ich nun schon fast 40 Jahre in einem kleinen Dorf nahe Leipzig. Die dörfliche und vor allem bäuerliche Struktur ist hier nie verloren gegangen, ebensowenig die Mitwirkung in der Kirchgemeinde. Einige von uns kennen das Kirchentagsgeschehen nur aus der DDR-Zeit, nicht von einem gesamtdeutschen Kirchentag.

Unsere bisherigen Erfahrungen in bezug auf die Vorbereitung und die Durchführung sind geprägt von sanften Tönen und Aktionen vor allem für Insider. Wir fühlten uns wohl und geborgen, fanden wir doch **Gemeinschaft** und herzhaftes Angehen von Themen (auch von - für die damaligen Umstände - brisantem geistlichen und politischen Inhalt). Dies war für uns derart aufbauend und kraftspendend, so daß sie uns immer noch ganz frisch in Herz und Geist sind.

Diese alten Erfahrungen bestätigen sich jetzt nicht, soweit man das in der Vorbereitungsphase überhaupt vergleichen darf. Letztendlich wird man erst nach Ablauf des Ganzen ein Resümee ziehen können.

### Gesamtdeutscher Kirchentag

Die Werbelinien, jetzt vor allem um die Quartiergeber, wirken übergestülpt. Mir kommt es vor, als würde man für ein anderes Produkt werben, nicht für den mir vertrauten Kirchentag. Oder liegt es daran, daß die nun „gesamtdeutschen“ Organisatoren nicht die gleiche Sprache sprechen wie wir hier? Sicher, sie haben viele Erfahrungen, gehen professionell heran - doch wir fühlen hier anders. Das will ich nicht beklagen, nur benennen. Für uns war es früher besser überschaubar, bei geringeren Kosten bekam man das, was man suchte.

Damals mutete uns der Markt der Möglichkeiten seltsam an. Jetzt muß man sich mehr umschaun, nach Themen von Interesse suchen, sich bei einem Überangebot von Möglichkeiten entscheiden. So sind einige erschreckt, denn es scheint so, als käme auf uns ein riesiges Netz von Angeboten zu, ein riesiges Spektrum, viel mehr, als wir jemals hatten.

### Kirche im öffentlichen Interesse

Wenn früher die Werbung weniger spektakulär gestaltet war, eher vorsichtig und liebevoll, erleben wir sie jetzt vergleichbar einem Aufeinanderprallen von Aktionen. Es gibt sogar Leute, die den Medienrummel für den Kirchentag mit dem für ein „sozialistisches Sportfest“ vergleichen. - Einige wollen lieber die Stadt verlassen und verreisen. Die Suche nach privaten Quartieren ist mühsam, denn die Leute wollen sich noch nicht festlegen.

Manche befürchten, die Gäste kämen aus einer „anderen Welt“ und könnten mit dem vorhandenen Komfort nicht zufrieden sein, und haben Angst vor kritischen Blicken in das private Wohn- und Lebensumfeld. Es gibt zu wenige Helfer, und diese sind meist mehrfach belastet mit anderen Aufgaben. Aktive Gemeindeglieder haben sich bisher kaum zu durchgängiger Teilnahme entschieden, die Mehrheit will sich nur zu ausgewählten Veranstaltungen anmelden.

Viele von uns erwarten, daß sich hier nicht etwa eine „Auswahl von Gläubigen“ trifft, sondern daß auch ein Spektrum „Unglaube“ präsent ist - wie auch sonst im Alltag! Zu erwarten ist also ein großes Schauspiel, wo alle Kräfte am Wirken sind. Es ist aber gut zu wissen, daß Kirche mal wieder im öffentlichen Interesse steht. Nur gleichzeitig befürchten viele von uns, daß - wie so oft - das Eigentliche nicht verstanden und weitergegeben wird.

### Die Kirchentagslosung

Auch wenn das Thema „Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben“ sicher im geistlichen Sinn ausgelegt werden wird, kann es aber auch vor allem mit Klagen



Hermann Ehlers beim Leipziger Kirchentag 1954

## Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben

Dieses biblische Motto für den Kirchentag in Leipzig stammt aus den Sprüchen Salomos (Kapitel 12, Vers 28) im Alten Testament. Unter dem Leitthema der Gerechtigkeit gliedert sich das gesamte Kirchentagsprogramm in vier Themenbereiche:

### ■ Glaube und Kirche:

GERECHTIGKEIT, DIE DURCH DEN GLAUBEN KOMMT (Hebräer 11,7)

### ■ Miteinander leben:

GERECHTIGKEIT ERHÖHT EIN VOLK (Sprüche 14,34)

### ■ Die eine Welt:

DER GERECHTIGKEIT FRUCHT WIRD FRIEDE SEIN (Jesaja 32,17)

### ■ Zukunft:

SÄET GERECHTIGKEIT UND ERNTET NACH DEM MAß DER LIEBE (Hosea 10,12)

Die Gäste können sich mit diesen Themen auf die unterschiedlichste Weise auseinandersetzen. In Vortragsreihen führen profilierte Persönlichkeiten in die jeweiligen Themenbereiche ein.

Zur konkreten Auseinandersetzung und Vertiefung gibt es Arbeitsgruppen, große Diskussionsrunden, ganztägige Foren, Werkstätten, aber auch liturgische Tage mit vielen musikalischen und kulturellen Elementen.

über die Verteilungsmentalität und die Ungerechtigkeit überfrachtet werden. Wichtig ist im Ergebnis, daß die Bibel etwas anderes meint. Wir wünschen uns, daß schon im Vorfeld deutlich wird, daß es nicht um die Beziehung „Mensch zu Mensch“, sondern vor allem „Mensch vor Gott“ geht. Viele Christen aus der Region befürchten, das „Eigentliche“ könnte nicht wirklich zur Geltung kommen.

### Zeit zum Nachdenken

Auch wenn es so scheint, als würden weltliche Themen den Kirchentag überfrachten, so wissen wir hier doch genau, daß dies der äußere Schein ist. Für Nachdenken und Stille wird genügend Raum bleiben, aber ebenso muß man „das Andere“ akzeptieren. Denn auch bei den bisher erlebten Kirchentagen haben wir Neues erfahren, und Begegnungen mit anderen Christen (und vor allem in gefüllten Kirchen!) haben uns gestärkt.

Wir alle, besonders auch die mit der Vorbereitung Betrauten hoffen nun auf die Fügung von Gott, so daß das Zusammenwachsen von Christen aus Ost und West gelingen wird.

Dabei sind wir auf die Hilfe vieler Menschen angewiesen, damit der Kirchentag für Leipzig (hier gibt es bekanntlich besonders wenig Christen), für Sachsen, für die neuen Bundesländer, aber auch für alle Christen in Deutschland Frucht bringt. So liegt es an uns selbst, die äußerliche Hülle zu durchschauen, **Vorurteile abzubauen** und mit Zuversicht und Gebet das große Ereignis zu erleben und zu begleiten. Die Erwartungen gehen dann von selbst in Erfüllung. ■

### Anm.:

Katharina Landgraf (43 Jahre alt, verheiratet, 4 Kinder) ist Diplom-Ingenieurin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im sächsischen Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung.

## Bücher

Dr. Horst Waffenschmidt:  
Erlebnisse geben Mut zum Glauben.  
Hänssler-Verlag,  
Neuhausen-Stuttgart 1997

„In einem sibirischen Dorf besuchte ich 1994 einen Gottesdienst, der mich bis heute bewegt. Im Bethaus des Ortes saßen einfache Menschen und hörten eine Predigt ihres Pfarrers. Im Mittelpunkt aber stand das Gebet. Alle knieten nieder und beteten zu Gott voller Inbrunst. Alle Teilnehmer des Gottesdienstes waren von schwerer körperlicher Arbeit und ihrem Lebensschicksal gezeichnet. Aber sie beteten mit großer Freude. Man merkte, hier lag die Quelle ihrer Lebenskraft. Am Ausgang wurde ich von jedem Gottesdienstbesucher persönlich verabschiedet. Die Worte einer Frau sind mir unvergessen geblieben. Sie sagte: „Auf Wiedersehen, wenn nicht hier, dann bei unserem Herrn in der Ewigkeit.“

Diese Menschen leben mit Gott Tag für Tag und in allen Lebenslagen. Sicher gibt es das nicht nur in Sibirien, sondern anderswo auch. Aber in der Weite Rußlands konnten Rußlanddeutsche und auch Russen nur so den Kommunismus überleben.

Ich habe ähnliche Gottesdienste auch in Kasachstan und Kirgistan erlebt. In der Ukraine und auch im Berner Oberland in der Schweiz, bei Bibelstunden des Evangelischen Brüdervereins im Bergischen Land in Deutschland oder in den USA bei den Treffen der Freikirchen gibt es diese Andachten voll von persönlicher Hoffnung auf Gott und Glaubensstärke durch Jesus Christus. Ich bin mehr und mehr zu der Erkenntnis gekommen: Hier liegen wichtige und oft entscheidende Kraftquellen für ein Volk und einen Staat, auch wenn darüber nicht oft im Fernsehen berichtet wird. Solche Zeugnisse machen Mut.“ ■

(Auszug aus „Erlebnisse geben Mut zum Glauben“)

Erwin Fahlbusch, Jan Milic Lochman, John Mbiti, Jaroslav Pelikan, Lukas Vischer (Hrsg.): *Evangelisches Kirchenlexikon, Internationale theologische Enzyklopädie, Band 4, S-Z*, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1996

Die Neufassung des Evangelischen Kirchenlexikons (EKL) ist mit Erscheinen des vierten Textbandes weitgehend abgeschlossen. Allein der Registerband mit Sachregister und biographischen Index steht noch aus, wird aber, so die Verlagsverantwortlichen, noch in diesem Jahr erscheinen. Das Ziel, in einer enzyklopädischen Übersicht die neueren theologischen und kirchlichen Entwicklungen aufzuzeigen und im Kontext der veränderten, pluralistischen Situation in der Ökumene zeitgemäß Rechenschaft abzulegen über die gegenwärtige Entfaltung christlichen Lebens und Denkens, ist nach einer über ein Jahrzehnt andauernden Arbeit in überzeugender Weise erreicht worden.

Schon in der Zusammensetzung des Autorenkreises widerspiegelt sich das Bemühen, konsequent einer ökumenischen Perspektive Rechnung zu tragen. Dabei zielt das EKL nicht allein darauf ab, theologische Zusammenhänge zu erklären, Grundpositionen christlicher Dogmatik und Ethik zu erläutern. In über 2000 Beiträgen vermittelt das EKL handbuchartig einen lexikalisch facettenreichen Einblick in verschiedene Wissensbereiche, markiert, so die Herausgeber, zahlreiche „Inseln des Wissens“ aus Theologie, Philosophie, Psychologie, der Rechtswissenschaft, den Sozialwissenschaften, der Medizin und anderen Fachgebieten, aus der Welt der Religionen und Weltanschauungen sowie aus verschiedenen Kulturregionen. Die Verweise auf thematis

ch angrenzende Artikel, weiterführende Hinweise auf andere Teilbeiträge, Kolummentitel und das umfangreiche Literatur- und Quellenverzeichnis erleichtern dem Leser die Arbeit mit dem über 3000 Seiten umfassenden Lexikon.

Schon bei Erscheinen des ersten Bandes als „größter Wurf des Verlages Vandenhoeck & Ruprecht seit 1945“ angekündigt, wird mit durchaus berechtigtem Stolz nun auf die enzyklopädische Präsentation der „Text-Welt der universalen Christenheit“ verwiesen, in der mosaikartig das „Bild der zeitgenössischen Christenheit in lebensweltlichem Gefüge“ zum Ausdruck kommt.

Nach Erscheinen des letzten Textbandes erscheint eine generelle Würdigung des EKL erlaubt. Wenngleich der Verlag die vorgesehenen Termine für die Publikation der Einzelbände bei weitem nicht hat einhalten können und auch der Subskriptionspreis nach oben korrigiert werden mußte, so hat das EKL die hohen Erwartungen doch erfüllt und sich als verlässliches, aktuelles und theologisch fundiertes Nachschlagewerk erwiesen. Hervorzuheben sind die redaktionelle und verlegerische Sorgfalt, die positionelle Vielfalt, die Praxisnähe und die gute Lesbarkeit der Artikel. Sie sind ausnahmslos von international renommierten Fachleuten verfaßt. Neben den anderen klassischen Lexika ist es zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk für Pfarrer, Religionslehrer, kirchliche Mitarbeiter, aber auch für Journalisten und Politiker geworden, für alle, wie Karl Alfred Odin einmal in der FAZ geurteilt hat, die sich über Kirche und Theologie und ihr Wirken in der Gegenwart informieren wollen. ■

*Dr. Johannes Heide*

## Aus unserer Arbeit

### Wettlauf von Pflug und Klapperstorch

**Friedberg.** Auf Einladung des EAK-Wetterau unter Vorsitz von **Tobias Utter** sprach Bundesminister **Jochen Borchert** über Chancen und Risiken der Gentechnik. Er sprach sich dabei für eine verantwortungsvolle und sachliche Auseinandersetzung mit der Bio- und Gentechnologie aus. In Anspielung auf die Besetzung des Freilandversuchsfeldes der Pflanzenschutzfirma Agrevo bei Wölfersheim in den vergangenen beiden Jahren sagte der Minister, wer jedoch Gewalt gegen Sachen oder gar gegen Menschen anwende, „der disqualifiziert sich und seine Meinung selbst.“ Dennoch warb er für einen „undogmatischen“ Dialog zwischen Kritikern und Befürwortern der Bio- und Gentechnologie. An dieser Linie müsse trotz der gewalttätigen Zerstörung von Freilandversuchen festgehalten werden. ■

### „Auslaufmodell Familie?“

**Köln.** Unlängst fand in der Evangelischen Kirchengemeinde im Lutherhaus auf Einladung von **Carl-Ludwig Voss** das erste Kölner Gespräch des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Köln statt. Unter dem Titel: „Anpassung an den Zeitgeist - Auslaufmodell Familie“ referierte **Dieter Hackler**, Bundesbeauftragter für

den Zivildienst im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Hackler konnte vor vertrautem Publikum sprechen; er war vor Jahren Vikar in der Gemeinde unter seinem Mentor Pfarrer Siegfried Weiß.

### Zum sozialen Frieden in Deutschland

**Cottbus.** „Was wird aus dem sozialen Frieden in Deutschland? Unter diesem Thema lud der EAK Cottbus i.G. zu einer Podiumsdiskussion im Rahmen des Konsultationsprozesses der Kirchen: „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ ein.

Die Veranstaltung fand in der in Cottbus zentral gelegenen Schloßkirche statt. Im Podium saßen als Vertreter der beiden großen Konfessionen **Dr. Wischnath**, Generalsuperintendent des Sprengels Cottbus der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, sowie **Herr Zomack**, Generalvikar des Bistums Görlitz der Römisch-Katholischen Kirche. Als Sprecher der Wirtschaft war **Herr Maas**, der Leiter für Öffentlichkeitsarbeit der ABB Daimler-Benz Transportation (Deutschland) GmbH eingeladen. Moderiert wurde das Gespräch von Herrn **Pfarrer Jagdhuhn** aus Cottbus. Der Einladung gefolgt waren ca. 50 interessierte Bürger, von denen viele, soweit bekannt, beruflich oder ehrenamtlich im sozialen Bereich tätig sind.

Eine Geldsammlung am Ende der Veranstaltung für die in der Schloßkirche beheimatete Obdachlosenhilfe der Evangelischen Kirche Cottbus erbrachte einen dreistelligen Betrag. ■



Kirche  
und Politik

**Kirchheim.** Die Bedeutung des christlichen Glaubens für die Grundwerte unserer Gesellschaft steht außer Frage. Zu diesem Ergebnis kamen die Teilnehmer der vom Evangelischen Arbeitskreis Esslingen organisierten Podiumsdiskussion. Den Standpunkt ihrer Partei vertraten die Kirchheimer Landtagsabgeordnete **Dr. Gisela Meister-Scheufelen** und der Bundestagsabgeordnete **Elmar Müller**. Pfarrer **Dr. Rolf Hille**, Vorsitzender der Evangelischen Allianz, ging ebenso auf die Chancen einer unter christlichen Vorzeichen stehenden Politik ein. ■

Politik in christlicher  
Verantwortung

**Mainz.** Was ist „Politik in christlicher Verantwortung“? Gerade haben die Kirchen in ihrem Wort „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ diese Frage praktisch zu beantworten versucht; eine Herausforderung besonders für die Regierungsparteien. Dieser Herausforderung will sich der Evangelische Arbeitskreis in Rheinland-Pfalz stellen. **Ulrich Oelschläger** aus Worms hatte mit monatelanger intensiver Vorbereitung einen Neuanfang des Arbeitskreises ermöglicht und den Weg für die Wahl eines arbeitsfähigen Landesverbandes geebnet.

Zum Landesvorsitzenden wählten die Delegierten den Wirtschaftsberater **Wolfgang Ree-**

**der** aus Rheinbreitbach. **Dr. Reinhard Herzog** wurde stellvertretender Landesvorsitzender. Die weiteren Vorstandsmitglieder: **Manuela Beck** und **Ingeborg Rosemann-Kalweit**, **Marieluise Palm**, **Friedemann Schwarzmeier** und **Dr. Richard Ziegert**. ■

„Suppe – Seife –  
Seelenheil“

**Ludwigsburg.** Zu einer ersten Veranstaltung des neuen Jahres hatte der EAK ins Haus der Diakonie eingeladen, um im Gespräch mit dem Leiter der diakonischen Bezirksstelle, **Horst Krank**, und Sozialdiakon **Matthias Rose** die Einrichtungen der Diakonie, besonders aber die Probleme der diakonischen Arbeit in Ludwigsburg kennenzulernen.

Dieser Einladung waren ca. 40 Interessierte gefolgt. Der Vorsitzende des EAK-Kreisverbandes, **Ulrich Hirsch**, begrüßte die Teilnehmer und bedankte sich insbesondere bei **OB Manfred List**, MdL, der sich für das vorgesehene Podiumsgespräch zur Verfügung gestellt hatte. ■



**Ulrich Hirsch** bei der Begrüßung im Haus der Diakonie

Macht Gleichheit  
glücklich?

**Wiesbaden.** Der Kreisvorstand und der Arbeitskreis Kirchen hatten eingeladen, und viele kamen. **Christa Meves** hielt, was Veranstalter und Besucher sich von ihr versprochen hatten und was sie seit Jahrzehnten in die bundesrepublikanische Gesellschaft einbringt: kluge Gedanken und belegbare Erfahrungen aus vielen Jahrzehnten psychologischer Studien, psychotherapeutische Praxis und publizistischer Reife. Sie gab engagiert eine Lehrstunde „Christliches Menschenbild“ für Fortgeschrittene: für die CDU-Mitglieder und ihre Freunde. ■

„In Würde alt werden“

**Annaberg.** Daß auch Veranstaltungen ohne prominente Referenten und nur auf Kreisebene gut besucht und interessant sein können, bewies ein Nachmittag, den der EAK-Kreisverband Annaberg durchgeführt hat. Unter dem Thema „In Würde alt werden“ hatte man in den Saal eines Seniorenheimes eingeladen. Neben einigen Heimbewohnern hatten sich zahlreiche Gäste aus der Stadt und dem Landkreis eingefunden. Nach einleitenden Worten des Kreisvorsitzenden **Dieter Straßburg** wurden zwei Kurzreferate gehalten. Der ev.-methodistische Pfarrer **Thomas Fritzsich** ging das Thema von der biblischen Seite an und hatte das Wort des Propheten Jeremia zur Grundlage: „Auch bis in euer Alter bin ich derselbe.“

Der Abgeordnete im Sächsischen Landtag **Hartmut Götz** hatte das Wortspiel „Nicht nur dem Leben Jahre geben, sondern den Jahren Leben“ als Überschrift für sein Referat gewählt. ■

Zum Tode von  
Kai-Uwe von Hassel

Kai-Uwe von Hassel war Zeit seines politischen Wirkens dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU eng verbunden. Er gehörte dem EAK-Bundesvorstand viele Jahre als stellvertretender Vorsitzender an.

Ihm war es bis zuletzt ein gewichtiges Anliegen, den kritischen Dialog zwischen dem protestantischen Teil in der CDU und der evangelischen Kirche zu fördern.

Unter den führenden Christdemokraten in Deutschland stand er oft für leitende Ämter bereit – stets als einer mit bewußt christlicher Haltung, so vor allem als Gründer und Vorsitzender der Hermann-Ehlers-Stiftung, die er 1968 ins Leben rief. Im Rahmen der von ihm begründeten „Bad Bramstedter Gespräche“ werden in regelmäßigen Abständen aktuelle Fragen zwischen Kirche und Staat diskutiert.

Aus einem seiner vielen Vorträge vor dem EAK stammt folgendes Zitat: „Geistige Gemeinschaft, Zusammengehen, Brüderlichkeit verlangen Gerechtigkeit in unserer modernen Gesellschaft. Um es an einem Beispiel klarzumachen: Die Verteilung des Sozialproduktes darf weder unter ausschließlich sozialen noch unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden, sie muß vielmehr die Lösung eines ethischen Problems sein“.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5 44-3 05/6 · Fax 5 44-5 86 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postgiroamt Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei **Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!**



## 36. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

„Soziale Marktwirtschaft gestalten –  
neue Arbeitsplätze schaffen“

6./7. Juni 1997,  
Stadtparkrestaurant, Bochum

6. Juni 1997:

- 17.00 Uhr **Begrüßung**  
durch den Bundesvorsitzenden des EAK  
Bundesminister **Jochen Borchert**, MdB,
- 17.30 Uhr **Grußwort:**  
**Dr. Norbert Blüm**, Bundesminister  
**Thomas Rachel**, MdB, Bonn
- 18.00 Uhr **Vortrag**  
**Dr. Wolfgang Schäuble**, MdB  
Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bonn
- 19.30 Uhr **Empfang**
- 20.30 Uhr **Kabarett:** Die **Luther Ratten/Literaten**
- 21.30 Uhr **Ende**

7. Juni 1997:

- 9.00 Uhr **Morgenbesinnung**
- 9.30 Uhr **Diskussionsforum**  
**Einführungsreferate:**
- 9.30 Uhr **Prof. Dr. Günter Brakelmann**, Bochum
- 9.50 Uhr **Christa Thoben**, Staatssekr. im BM Bau,  
Bonn
- 10.15 Uhr **Diskussion**  
**Prof. Dr. Günter Brakelmann**, Bochum  
**Christa Thoben**, Bonn  
**Harald Schartau**, Leiter des  
IG Metall-Bezirks NRW  
**Dr. Klaus Sturany**, Mitglied des  
Vorstandes der Firma GEA, Bochum
- Moderation: Bundesminister **Jochen Borchert**
- ab 12.30 Uhr **Delegiertenversammlung (gesonderte Ein-  
ladung)** mit Neuwahl des Bundesvorstandes

Bitte fordern Sie unser Programm unter: 02 28/54 43 05  
oder Fax: 54 45 86 an.  
Wir nehmen Sie gerne in den Einladungsverteiler auf.

### Unsere Autoren:

Hermann Gröhe, MdB Bundeshaus 53113 Bonn	Herbert Reul, MdL Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf	Dr. Klaus Lefringhausen Eiberfelder Str. 32 40822 Mettmann	Dr. Hermann Franz Wittelsbacher Platz 2 80333 München	Präses i.R. Hans-Martin Linnemann Ehrenpreisweg 1 a 33739 Bielefeld	Katharina Landgraf Dorfstr. 10 04523 Großstorkwitz
--	---	--	---	--	--